

Ins Zentrum der Aufmerksamkeit



VA 0605 e (1) *40 Jahre Fremde Heimat – Einwanderung aus der Türkei. 40 yıl Almanya – Yaban, Silan olur.* Ausstellung im Alten Rathaus Köln, 2001. Dietrich Hackenberg

Spätestens Anfang der 2000er-Jahre war der alte Konsens, Deutschland sei kein Einwanderungsland – 1982 noch im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP niedergelegt und seither immer wieder aufs Neue vorgetragen –, angesichts der Einwanderungsrealität in Deutschland nicht länger haltbar. Immer mehr setzte sich die Einsicht durch, dass sich nur eine Realität politisch gestalten lässt, die nicht geleugnet wird. Gleich zu Beginn des Jahres 2000 stieß der damalige Bundesinnenminister der SPD-geführten rot-grünen Bundesregierung 1998 bis 2005, Otto Schily, eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts an. Zur Umsetzung dieser Reform berief Schily die *Unabhängige Kommission Zuwanderung* ein, die in der Öffentlichkeit unter dem Namen ihrer Vorsitzenden Rita Süssmuth (CDU) bekannt wurde. Zum 4. Juli 2001 legte die sogenannte *Süssmuth-Kommission* ihre Empfehlungen vor, die Zuwanderungs- und Integrationspolitik in Deutschland vollständig neu auszurichten: Um Integration zukünftig aktiv zu fördern, sollten Angebote an die Einwanderer*innen gemacht werden,

sich in Deutschland zu integrieren. Das Modell, das die Kommission 2000/2001 entwickelte, schlug ein ganzes Maßnahmenpaket vor, wie die Aufhebung des Anwerbestopps von 1974 im Rahmen einer geregelten Zuwanderung, die Öffnung zusätzlicher Zuwanderungswege oder die Vereinfachung des komplizierten Aufenthaltsrechts. 2001 wurde der Bericht der Regierung übergeben, das Echo war geteilt. Insbesondere die christdemokratischen Parteien, denen Süßmuth selbst zugehörte, lehnten die schrittweise Öffnung auf eine Einwanderungsgesellschaft hin ab. Der substanzielle Kern des neuen Staatsbürgerschaftsrechts, das dann 2004 noch unter der rot-grünen Bundesregierung endlich verabschiedet werden konnte, bestand dennoch im Abschied vom ethnonationalen Prinzip einer vererbten Staatsangehörigkeit (*ius sanguinis*) und der Hinwendung zum Prinzip der erworbenen Staatsangehörigkeit qua Geburt (*ius soli*). In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erhielten damit die deutsche Staatsangehörigkeit, sofern ein Elternteil seit mindestens acht Jahren dauerhaft in Deutschland lebte. Die Einbürgerung wurde damit – wie es Johannes Rau als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen bereits in den 1990er-Jahren gefordert hatte – erheblich erleichtert. Für die Wahrnehmung von Migration in der deutschen Öffentlichkeit bedeutete die Arbeit der Süßmuth-Kommission sowie das neue Staatsbürgerrecht einen echten Paradigmenwechsel.

Es war genau zu jener Zeit, als der Journalist Martin Rapp bei DOMiD anfragte. Seine Aufgabe war es, das Archiv bei den Vorbereitungen für die zweite große Ausstellung durch Recherchen zu unterstützen. Die Ausstellung *40 Jahre Fremde Heimat – Einwanderung aus der Türkei in Köln. 40 yıl Almanya – Yaban, Silan olur* – die anlässlich des 40. Jahrestages des deutsch-türkischen Anwerbevertrages von 1961 gezeigt wurde – war in Form eines 44 Meter langen Fließbands konzipiert, in das die gläsernen Ausstellungsvitrinen gewissermaßen eingelassen waren. Die Ausstellung erzählte die Geschichte der Einwanderung aus der Türkei nach Köln wieder maßgeblich aus der Perspektive der sogenannten Gastarbeiter*innen, ergänzt durch die Erfahrungen ihrer Nachbar*innen, Freund*innen und Kolleg*innen. Als Ausstellungsort sollte das Historische Rathaus von Köln dienen. In einem Schreiben vom 3. Mai 2001 an Fritz Schramma, den Oberbürgermeister von Köln der Jahre 2000 bis 2009, bewertet DOMiD die Eröffnung dieses Angebots positiv: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma, erstmal möchten wir Ihnen danken, dass das Problem des Ausstellungsortes gelöst worden ist. Die türkischen Mitbürger waren sehr erfreut über

die Nachricht, dass das Historische Rathaus uns als Ausstellungsräumlichkeit zur Verfügung steht.“¹ Nicht zufällig macht sich DOMiD in diesem Schreiben zum Sprachrohr der gesamten Einwander*innen-Community aus der Türkei – die Tatsache, dass DOMiD *den* repräsentativen Ort Kölns mit der Geschichte der Migration ‚besetzen‘ konnte, war so erinnerungs- wie anerkennungspolitisch bedeutsam. Mit dem Ausstellungsprojekt *40 Jahre Fremde Heimat* schien die Geschichte der türkischen Einwander*innen endlich im Herzen der Stadt Köln angekommen zu sein.

Martin Rapp DOMiD war ja gerade erst von Essen nach Köln gekommen. Im Winter 2001 haben wir noch Material aus Essen nach Köln geholt. Dieser Wechsel war ein wichtiger Schritt. Für DOMiD gab es in Essen nach dem Projekt *Fremde Heimat* im *Ruhrlandmuseum* keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr. Der geschichtspolitische Fokus der Ruhrgebietsstädte waren Industriemuseen, da sind alle Ressourcen reingeflossen.

Was wäre der geeignete Ort für ein Migrationsmuseum in Deutschland? Ende der 1990er-Jahre hatte es im Vereinsvorstand von DOMiD heftige Debatten über diese Richtungsentscheidung gegeben. Sollte man im Ruhrgebiet bleiben, wo man gut vernetzt war, oder waren die



E 1155,0001 b Poller Wiesen, 1970. Alfred Koch /
DOMiD-Archiv, Köln

Entwicklungsmöglichkeiten in Essen ausgereizt – in den viel zu engen Räumlichkeiten, erst in einem AWO-Büro und später im Klassenraum einer ehemaligen Schule –, mit der Garage als Depot? So wurde nach längeren lebhaften Debatten und Kampfabstimmungen im Verein eines Tages endlich ein Lkw gemietet, Vereinsmitglieder verluden die gesamte Sammlung – all die Artefakte aus der Essener Ausstellung, daneben die „Dinosaurier-Eier“ von Aytaç Eryılmaz und die graue Literatur aus der Anfangszeit der Sammlung – und transportierten den gesamten Bestand nach Köln. In die Rhein-Metropole zu gehen, war eine sehr bewusste, strategische Entscheidung: Es ging um Fragen der Sichtbarkeit und der Repräsentativität.

Martin Rapp Köln war – bei aller Provinzialität – größer. Und DOMiD-Akteure wie Cafer Cebe und Cumhuriyet Aytulun hatten gute politische Kontakte in der Stadt. Da gab es eine Holding von türkischen Geschäftsleuten, die SES Media, die haben uns dann unentgeltlich in ihre Geschäftsräume einziehen lassen. In der Bonner Straße, in einem ehemaligen Hochhaus der Deutschen Welle.

Die Geschichte DOMiDs ist wesentlich auch eine Geschichte des Kampfs um Anerkennung vonseiten der Politik, des Kulturbetriebs, der Institutionen. Auch der Anerkennungsprozess DOMiDs durch die Stadt Köln verlief nicht gradlinig. Als es zur Eröffnung der Ausstellung *40 Jahre Fremde Heimat* kam, zeigte sich DOMiD im Schriftverkehr mit der Kölner Stadtverwaltung von deren Einladungspolitik verprellt. Ein neuerliches Schreiben an den Oberbürgermeister Schramma vom 15. Oktober 2001 verlieh diesem Unmut Ausdruck: „Als wir jetzt die Presseerklärung der Stadt Köln zum Thema 40 Jahre Zuwanderung aus der Türkei in Köln als auch die offizielle Einladung zur Eröffnung der Ausstellung im Historischen Rathaus erhalten haben, bemerkten wir, dass die im Vorfeld gemeinsam getroffenen Absprachen keineswegs eingehalten wurden. Das hat uns betroffen und nachdenklich gemacht. [...] In der von Ihnen eingereichten Einladung ist [...] DoMiT nicht mehr als ein Redner aufgeführt.“² Überdies sei das Dokumentationszentrum, so heißt es in dem Brief, neben den anderen Initiatoren des Festaktes – nämlich der Stadt Köln, der *Ford AG* sowie dem *Landeszentrum für Zuwanderung* – nicht mit seinem eigenen Logo vertreten. DOMiD sah sich gezwungen, öffentliche Sichtbarkeit offensiv einzufordern. In seinem Schreiben an die Stadt erinnerte man an die zentrale Rolle, die das Archiv bei der Anbahnung sowie der Durchführung

2 VA 0570 (20).

des Ausstellungsprojekts innegehabt hatte: „Diese beiden Tatsachen haben bei uns die Sorge ausgelöst, dass DoMiT trotz seiner Vorreiterrolle von den Aktivitäten zum 40. Jahrestag der Zuwanderung nach Köln ausgegrenzt und ins Abseits gedrängt wird. Wir möchten nochmals erwähnen, dass die Initiative zu den Festlichkeiten ‚40 Jahre Migration aus der Türkei in Köln‘ von DoMiT kam.“³ Mit diesem Schreiben meldete die Migrant*innenselbstorganisation ihre berechtigten politischen Ansprüche an und machte ihre *Autorschaft* geltend. Sollte DOMiD tatsächlich ausgegrenzt werden, zu einem Zeitpunkt, als mit dem Migrationsthema eine der großen Bühnen der Kölner Stadtpolitik zu bespielen bzw. zu betreten war? Am Ende konnte der Dissens in einem Gespräch zwischen DOMiD und Oberbürgermeister Schramma beigelegt werden. Bei der Eröffnung sprach Aytaç Eryılmaz, außerdem wurde der Verein DOMiD in der Eröffnungsrede Schrammas ausdrücklich dankend adressiert.

Martin Rapp Kölns Oberbürgermeister Schramma hat letztlich erst verstanden, was wir machen, als der kanadische Staatspräsident ihm das erzählt hat, bei einem Staatsbesuch in Köln. Da sind sie im Foyer im Rathaus quasi über unsere Ausstellung gestolpert. Und da hat der hohe Staatsgast den Kölner Oberbürgermeister noch mal darauf hingewiesen, was er da für ein tolles Projekt hat!

In der Kölner Ausstellung differenzierte sich DOMiDs Geschichtsschreibung weiter aus, unter anderem in Richtung Kultur- und Mediengeschichte der Migration. In einer der dort präsentierten Fotografien ist Werner Höfer zu sehen – in den 1960er- und 1970er-Jahren eine der prominentesten Fernsehpersönlichkeiten Deutschlands. 1964 übernahm Höfer die Leitung des neu geschaffenen dritten Fernsehprogramms des WDR, als solcher war er auch verantwortlich für die Sendung *Ihre Heimat – unsere Heimat*, die von 1965 bis 1993 in Deutschland lebende Gastarbeiter*innen mit Unterhaltung und Informationen versorgen sollte. Italiener*innen, Griech*innen, Spanier*innen, Türk*innen, Jugoslaw*innen und Portugies*innen wurden dabei jeweils zehn Minuten Sendezeit pro Woche zugestanden.



BT 0827,0002 Der Journalist Werner Höfer mit Sprecherinnen des Westdeutschen Rundfunks, um 1965. Klaus Barisch